

Antrag

DA2 Dringlichkeitsantrag: Verfassungsfeindlichkeit konsequent begegnen – Einheitliches Vorgehen gegen AfD-Mitglieder in den Strukturen des BDKJ

Antragssteller*innen: BDKJ DV Regensburg und BDKJ DV Passau (dort beschlossen am: 06.05.2025)

Antragstext

Die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt einen Wendepunkt im Umgang mit dieser Partei dar. Als katholischer Jugendverband, der sich auf Grundlage des christlichen Menschenbildes für eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft einsetzt, dürfen wir diese Entwicklung nicht unbeantwortet lassen.

Die Gefahr, die von rechtsextremen Einstellungen und AfD-nahen Positionierungen ausgeht, betrifft auch die Lebenswelt junger Menschen und kann unsere Strukturen unmittelbar beeinflussen. In unseren Gruppenstunden, Gremien und Veranstaltungen braucht es einen klaren Schutzraum für Vielfalt, Toleranz und Menschenwürde – und eine unmissverständliche Haltung gegenüber all jenen, die diese Grundwerte in Frage stellen.

Mit diesem Antrag geben wir den Beschlüssen des BDKJ-Bundesverbandes gegen die AfD und gegen Rechtsextremismus eine konkrete, verbindliche Umsetzung. Ziel ist es, alle Gliederungen des BDKJ in die Lage zu versetzen, angemessen, rechtssicher und klar mit AfD-Mitgliedschaften oder -Nähe umzugehen, Unsicherheiten zu begegnen und unsere Strukturen zu schützen. Dabei geht es nicht um Pauschalurteile, sondern um die Verteidigung unserer gemeinsamen Werte.

Die Hauptversammlung des BDKJ möge beschließen:

1. **Einheitliches Vorgehen gegen AfD-Mitgliedschaft und -Nähe:**

Der BDKJ entwickelt gemeinsam mit seinen Jugend- und Diözesanverbänden ein bundeseinheitliches Verfahren für den Umgang mit Personen, die Mitglied der AfD oder ihrer Jugendorganisation sind oder sich in Wort und Tat offen mit deren Programmatik identifizieren.

2. **Unvereinbarkeit mit BDKJ-Werten:**

Die Mitgliedschaft in der AfD oder die aktive Unterstützung ihrer Ideologie wird als unvereinbar mit den Grundwerten des BDKJ bewertet, wie mit dem Beschluss „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus“. Diese Haltung soll in den Satzungen und Aufnahmekriterien der Jugendverbände

berücksichtigt werden.

3. Zentrale Anlauf- und Meldestelle beim BDKJ-Bundesverband:

Der BDKJ richtet eine zentrale Anlauf- und Meldestelle ein, an die sich Gliederungen, ehrenamtlich Engagierte und hauptberuflich Tätige vertraulich wenden können, wenn:

- konkrete Hinweise auf AfD-Mitgliedschaften oder AfD-nahe Positionierungen vorliegen,
- menschenfeindliche oder demokratiefeindliche Aussagen oder Vorfälle beobachtet wurden,
- Unterstützungsbedarf im Umgang mit rechtsextremen Haltungen besteht.

Die Stelle bietet erste Beratung, dokumentiert Vorfälle und vermittelt bei Bedarf an Fachstellen oder berät zur weiteren Vorgehensweise im Verband.

4. Erarbeitung verbindlicher Handlungsleitlinien:

Unter Federführung des BDKJ-Bundesvorstands werden bis Ende 2025 verbindliche Handlungsleitlinien entwickelt, die u. a. beinhalten:

- rechtssichere Ausschluss- und Schutzverfahren,
- begleitende Bildungs- und Aufklärungsangebote,
- Unterstützungsstrukturen für betroffene Gruppen oder Einzelpersonen.

5. Verbindliche Umsetzung und Evaluation:

Die Handlungsleitlinien werden für die Jugendverbände des BDKJ zur verbindlichen Umsetzung empfohlen und jährlich auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.

6. Stärkung der politischen Bildungsarbeit:

Der BDKJ intensiviert seine Angebote zur politischen Bildung, Demokratieförderung und Prävention gegen Rechtsextremismus – insbesondere auf Orts- und Diözesanebene.

Begründung

Am 2. Mai 2025 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung eingestuft. Die AfD propagiert ein völkisches

Menschenbild, verharmlost den Nationalsozialismus, hetzt gegen Migrantinnen, queere Menschen und Demokratinnen – all dies steht in direktem Widerspruch zu den Werten, für die der BDKJ einsteht.

Der BDKJ hat sich in seinen bisherigen Beschlüssen – wie z. B. „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus“ – eindeutig gegen Rechtsextremismus und die AfD positioniert. Angesichts der neuen Einstufung durch den Verfassungsschutz ist es notwendig, diesen Beschlüssen jetzt konkrete, wirkungsvolle Maßnahmen folgen zu lassen, um unsere Strukturen zu schützen, Ehrenamtliche zu stärken und unsere Werte konsequent zu leben.

Die AfD stellt mit ihrer verfassungsfeindlichen Ideologie eine direkte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Als katholischer Jugendverband mit einem klaren Wertekompass ist es unsere Pflicht, dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten. Ein einheitliches und konsequentes Vorgehen innerhalb des BDKJ ist notwendig, um unsere Strukturen vor rechtsextremen Einflüssen zu schützen und unsere Glaubwürdigkeit als Verfechter von Demokratie und Menschenwürde zu bewahren.